

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Verkaufsstellen, Zörgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erschießt jede Ausgabe ein Ersatzheft bezw. Nachzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Autonomes
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Mai, mehrer hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Realteil 30 Goldpfennig, einschließl. Umfassener, Schwieriger und tabellarischer Satz mit Anschlag.
Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbes. 148.

Nr. 56.

Dienstag, den 8. Mai 1928.

31. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* General Nobilität ist mit der „Stafia“ in Spitzbergen gelandet und wird dort einige Tage verweilen.
* In Sofia wurde ein Attentat auf ein Bankgebäude verübt; größter Schaden wurde nicht angerichtet.

* Etwa 200.000 Bauern sollen in Annaburg auf Bulgarefeln, um die Weidungsgebiete in ihrer Hand zu bekommen.
* Araber und Sinesen machen anstößig gemeinsame Sache gegen Japan. Man erwartet eine Kriegserklärung.

Drohende Bauernrevolte in Rumänien.

200.000 Bauern marschieren.

Der mit großer Spannung erwartete Kongress der rumänischen Bauernpartei in Karlsburg scheint zunächst wenigstens ruhig verlaufen zu sein. Es wurde eine Geschäftsliste angenommen, in der nachdrücklich dafür eingetreten wird, daß die Nationale Bauernpartei unter der Führung Manius an die Macht gelange. Weiterhin wird in der Entschlossenheit die Liberale Partei und die allgemeine Politik der Regierung heftig angegriffen und der Wunsch zum Ausdruck gebracht, den Kampf bis zur Erreichung des gesteckten Zieles fortzusetzen. Die Entschlossenheit weist auf den bevorstehenden Aufstand hin, der gegenwärtig bekanntlich Gegenstand der gegen die Regierung gerichteten Propaganda, einen neuen Zug aufweisen, als an die Verbündeten und an den Völkerverbund der Appell gerichtet wird, an einer gütlichen Lösung der rumänischen Probleme mitzuwirken; sie unterstreicht ferner, daß die Bauernpartei entschlossen sei, die gegenwärtigen Grenzen Rumäniens bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen, und schließt mit der Feststellung, daß die nationale Einheit des Landes unzerstörbar sei.

Ähnliche Versammlungen wie in Karlsburg wurden in Strajoba, Cernowitz, Jassy, Wasila abgehalten, in denen gleiche Entschlüsse angenommen wurden.

Im Annarisch auf Rumänien Hauptstadt.

Der Führer der Bauern, Maniu, ist nach Bulgarefeln abgereist, um dort beim Regimentskommandeur um eine Audienz nachzusuchen, dem er die Karlsburger Entschlüsse vorlegen will.

Wie aus Befehlsabgaben von der rumänischen Grenze gemeldet wird, ist der aus Karlsburg kommende Eisenbahnzug dort mit einer erheblichen Verzögerung angekommen. Die Reisenden befürchten, daß die Besetzung der rumänischen Bauernpartei in Karlsburg einen ruhigen Verlauf nahm und es zu keinerlei Zusammenstößen kam. Nach Schluß der Versammlung habe jedoch ein großer Teil der Menge beschlossen, nach Bulgarefeln zu gehen und die Regierung mit Gewalt zum Rücktritt zu zwingen. Aus diesem Grunde habe die Polizei und die Gendarmen die Stadt Karlsburg vollständig umzingelt, um den Weg nach Bulgarefeln abzusperren. Auch die Zugverzögerung sei auf die Absperrung der Stadt zurückzuführen.

Nach Mitternachtsmeldungen aus Wien und Budapest beträgt die Zahl der auf Bulgarefeln marschierenden Bauern etwa 200.000. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Bauernmacht sehr ernsthaft zu nehmen sei, denn am Schluß des Kongresses hätten sie einen feierlichen Eid geleistet, nicht eher zu ruhen, als bis die Bauern in Bulgarefeln mit eigener Hand Ordnung geschaffen hätten. Die Telephonverbindung nach Bulgarefeln war in den letzten Stunden ihrer Unterbrechung, so daß sich bereits zahlreiche Gerüchte über Zusammenstöße mit Bauern und Gendarmen, wobei es auch Tote und Verletzte gegeben haben soll, verbreiteten. Aus offizieller Bulgarefeler Quelle werden allerdings alle derartigen Meldungen demüthigt.

Carol rührt sich.

Ob es nun doch zu den schon lange erwarteten Auseinandersetzungen, zum Bürgerkrieg in Rumänien, darüber hinaus sogar zu einem Kampf um den Thron kommen wird? Nach dem Tode Bratianus, des mit eigener Seite herrschenden Ministerpräsidenten, hatte zwischen den drei hauptbestimmenden Parteien, der Volkspartei, der Nationalliberalen, die als Regierungspartei zwei Drittel der Sitze im Abgeordnetenshaus innehatte, und der Bauernpartei eine Art Waffenstillstand geherrscht, weil es dem jetzigen Ministerpräsidenten, dem Bruder seines Vorgängers, gelang, die Bauernpartei mit Maniu als ihrem Führer durch allseitig Versprechungen vorläufig hinauszulassen. Sie ist die elementare Opposition,

die, etwas sozialistisch angehaucht, nun aber anscheinend aufs Ganze gehen will.

Veranlassung dazu bot der Bauerntag, der in dem feierlichsteigen Karlsburg stattfand. Die Regierung wollte seine Abhaltung erst verbieten, gab dann aber nach; ebenso verbot sie in Bulgarefeln eine Paradedemonstration, um aber auch hier schließlich nachzugeben — offensichtliche Zeichen nicht gerade übermäßiger Stärke und Energie! Was sich nun aber in Karlsburg eigentlich abspielte hat oder noch abspielen wird, ist angesichts der rücksichtslosen Nachrichtenpresse — ein beliebtes Mittel jeder bisherigen rumänischen Regierung, die Wahrheit zu verfeinern! — nicht genau zu sagen; wenn der Berichtserstatter einer englischen Zeitung von einer in Karlsburg beschlossenen „Errichtung einer Bauernrepublik“ spricht, so ist das Ausland kaum in der Lage, diese Meldung auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Das wäre allerdings, wenn es richtig ist, der Bürgerkrieg. Aber eigentlich will Maniu ja bloß Verwahlen zum Parlament erhalten oder erzwingen; denn er hofft, durch wirklich, aber wirklich unbeeinflusste Verwahlen die Mehrheit im Abgeordnetenshaus zu erzielen. Andere Gerüchte erzählen von Zusammenstößen zwischen den zahlreich aufgetretenen Militärs für die Bauern, aber auch von streikenden Festungen der Bauern gegen Militär und Polizei, durch die sie in ihrem Marsch nach Karlsburg aufgehalten wurden. Vorläufig ist aber über die ganze Lage ein wirklich zutreffendes Bild nicht zu gewinnen.

Außerdem ist für die bulgarische Regierung Bratianus noch eine neue Sorge dazugekommen: der in Paris wohnende Kronprinz Carol rührt sich. Er hat eine Proklamation „An mein Volk!“ verfaßt und wollte diese durch Tausende von Flugblättern am Sonntag ganz modern mit Hilfe von Flugzeugen über Rumänien herumschleusen lassen. Es waren für diesen Zweck drei englische Flugzeuge von ihm gemietet worden, aber die englische Regierung hat diesen ganzen Plan durch Verbot des Abfluges zum Scheitern gebracht; denn zweifellos hätte die rumänische Regierung auf die Flugzeuge schießen lassen und das hätte die schönsten „Zwischenfälle“ geben können. Auch mit der ungarischen Regierung scheint sich Carol in Verbindung gesetzt zu haben; und doch die Ungarn Rumäniens bittere Feinde und er kann sich hier eine bequeme Mähdendeckung schaffen. In seiner Proklamation ist der Kronprinz nicht sparsam mit Versprechungen, unter denen einige wie die überaus notwendige Entpösterung der Arme und der Justiz, Verwahlen, Stabilisierung der Währung, Pressefreiheit und eine vernünftige Minderheitenpolitik auch teilweise sehr sehr gut mit den Interessen der Bauernpartei übereinstimmen. Aber unklar ist es, wie viele Partei sich für Kronprinz Carols auf den Thron seines Vaters stellt. Maniu hat sich nach dieser Richtung hin die Hände bisher ganz frei gehalten; Carols Manifest sagt, daß er nur „auf den Ruf des Volkes“ hin den Thron wieder bestiegen wolle, — was durchaus nicht ausschließt, daß er durch alle ihm geeigneten erfindlichen Mittel das Erreichen dieses Rufes beschleunigt! Anwesen mit seiner Volkspartei befolgt aber auch die Politik des Schweigens und vorläufigen Abwartens.

So sieht es wieder einmal recht bunt aus in Rumänien, seit Bratianus ins Grab sank und der unumwundene König politische keine Rolle spielt, die Parteien sich schon lange mit Gerede bei Nacht gegenüberstehen. Aus Deutsche interessiert hier in der Hauptsache dabei nur, welchen Einfluß dies alles auf das Schicksal unserer Volksgenossen im Banat und in Siebenbürgen haben wird. Wieser verfolgte Bratianus wie vorher Anwesen dort nur eine unerbilligte Eindeutigkeit in der Politik; sollte es Maniu gelingen, zur Macht zu kommen, so kann es damit bestimmt nicht schlechter, nur besser werden. Aber in Rumänien ist es bisher immer noch ein besonders großer Schritt von den Versprechungen bis zu ihrer Ausführung gewesen und meist hat man ihn — nicht getan.

Die „Stafia“ in Spitzbergen.

Letzte Etappe vor dem Nordpol.
Die „Stafia“ ist, von Nord kommend, in Kingsbay angekommen. Als die „Stafia“ hatte sie einige Schwierigkeiten zu überwinden, um gegen den starken Gegenwind den Landungsplatz zu erreichen.
Die Weiterausfahrten in der Arktis werden weiter als falsch bezeichnet. Nobilität berichtet, daß die Hinfahrt nach Kingsbay durch die denkbare jökhefischen Wetterumstände nicht gelitten habe. Er sei im Gegenteil durch die Winde gefördert worden.

Wit der Weiterreise zum Nordpol will Nobilität noch etwa 8–10 Tage warten. Die Mannschaft braucht eine längere Erholungsperiode, da sich die Belastung erst an das nördliche Klima gewöhnen muß. Die Stimmung der Stalener voll recht zufriedenstellend sein.

In Amerika trägt sich jetzt auch Chamberlain mit einem neuen großen Flugplan. Er will den Pazifik (Großen Ozean) überqueren. Die „Bremen“-Flieger sind in Kanada und U. S. A. weiterhin Gegenstand großer Diskussionen.

Der Autonomistenprozess.

Kolmar, im Mai.

Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung äußerte sich der Angeklagte Schall über die Gründung der Schutztruppe und wies dabei auf die überaus zahlreichen tätlichen Übergriffe der gegnerischen Verbände hin. Alle politischen Parteien hätten Schutzabteilungen für ihre Führer und Verfallenen geschaffen, aber keine dieser Organisationen sei verfolgt worden, und alle betrieben noch heute ihr staatsgefährdendes Wesen. Der Vorsitzende ließ darauf die Aussagen der Schutztruppe verlesen und richtete an Schall die Frage, welchen Zweck dieser

Mobilisierungsplan größten Maßstabes verfolgte habe. Schall erwiderte, es handele sich hierbei um den Kernpunkt der Anklageschrift, die in der Bildung der Schutztruppe das den Angeklagten zur Last gelegte „Komplot“ erblicke. Der Schauplatz der Bildung einer Schutztruppe sei hervorgerufen worden durch die schweren Zusammenstöße zwischen den Royalisten und den Anhängern der Heimatbewegung im August 1926 in Kolmar, wobei Dr. Bidlin schwer verletzt worden sei. Die „Bewaffnung“ der Schutztruppe habe aus Spasiearbeiten bestanden. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Schutztruppe eine den royalistischen Verbänden entsprechende Organisation gewesen sei, erwiderte Schall mit einem klaren „Nein“.

Ärztliche Änderung der Prozessführung.

Es kam dann zu einer förmlichen Szene. Als die Verteidigung den Generalstaatsanwalt erlaubte, endlich die Komplotanfrage bekanntzugeben, brach der Vorsitzende das weitere Verhör der Angeklagten plötzlich ab, um mit der Vernehmung der Belastungszeugen zu beginnen. Die Verteidigung erhob sofort Einspruch wegen Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen, und es herrschte eine kurze, aber heftige Sitzung im Gerichtssaal. Rechtsanwältin Rabinowitsch nahm die Verteidiger das Wort, um die Vernehmung der dreizehn noch nicht verhörten Angeklagten zu verlangen. Rechtsanwältin Jägel wies darauf hin, daß man mit einer normalen und legalen Verhandlung gerechnet habe. Es komme wohl nicht darauf an, möglichst schnell, mit der Uhr in der Hand, zum Ende zu kommen, sondern Gerichtsrecht zu wahren.

Rechtsanwalt Journier wird ausgeschlossen.

Imb nun gab es einen unangenehmen Zwischenfall. Der Pariser Rechtsanwältin Journier erklärte, daß die Änderung in der Prozessführungsmethode möglicherweise mit Poincarés Reise nach dem Elsaß in Zusammenhang liege. Als er dann hinzufügte, daß Poincaré wahrscheinlich seine früheren eifersüchtigen Diminutionen („gaflos“) wieder gutmachen wolle, erhob sich der Staatsanwalt, um anzukündigen, daß er gegen Journier ein Verfahren wegen Verletzung des Geheims der Regierung beantragen werde. Die Sitzung wurde unterbrochen und das Gericht so sich zur Beratung juristisch.

Am Gerichtsbeschluß wurde dem Journier für einen Monat des Rechtes zur Führung der Verteidigung vor dem Kolmarer Schöngewicht für verlustig erklärt. Die gesamte Verteidigung beantragte sofort telegraphisch den Restant der Pariser Anwaltskammer, beim Justizministerium Einspruch gegen diesen Beschluß des Gerichtshofes einzulegen. Rechtsanwältin Journier rief bewegt zu den Geschworenen hinüber: „Ich werde wiederkommen!“ Hieran wurden die Verhandlungen verlagert.

Wie von der Verteidigung mitgeteilt wird, werden die übrigen Verteidiger der angeklagten Autonomisten angehörend der außerordentlichen Bedeutung des Prozesses die Verteidigung weiterführen und nicht, wie es sonst in solchen Fällen üblich ist, sie geschloffen niederlegen.

Der Autonomistenprozess.

Rechtsanwalt Journier kehrt zurück.

Kolmar, im Mai.
Die zweite Prozesswoche begann mit einer Überraschung: der für einen Monat ausgeschlossen Rechtsanwältin Journier erschien wieder im Saal und nahm auf der Verteidigerbank Platz, ohne vom Vorsitzenden daran gehindert zu werden. Das ist so zu erklären, daß Journier sofort gegen seine Ausschließung Beschwerde erhoben hat und daß durch diese Beschwerde der Ausweisungsbefehl einstweilen suspendiert wird. Verlesen wurde ein Telegramm der Pariser Anwalts-

hammer, in dem betont wird, daß in vielen politischen Prozessen schon ganz anders gefaßt worden ist als das, was Journier gegen Vincare gesagt habe.

Nach diesem Eröffnungsgeplänkel erhielten die Anwesenden der Reihe nach das Wort zu Erklärungen über die ihnen zur Last gelegte Beteiligung an einem Komplott gegen den französischen Senat. Fast alle gaben ihre Erklärungen in „kläglich Dürch“ ab. Sie betrauten sich energisch gegen die Unterstellung, daß sie in einem rein äußerlichen Zusammenhang mit seinem Verbrechen hätten, um sich gegen Frankreich zu verschwören, und der ungewählte Abgeordnete Nr. 67 betonte ausdrücklich, daß er mit voller Loyalität die Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich anerkannt habe.

Beginn der Zeugenvernehmung.

Es erschien dann als erster Zeuge der von der Staatsanwaltschaft geladene Polizeikommissar Bauer, der früher deutscher Polizeikommissar und nach dem Waffenstillstand Leiter der Spionageabwehr der französischen Polizei im Elsaß war. Er schilderte die ersten autonomistischen Erörtern, die sich im Elsaß vor und nach dem Waffenstillstand aufgetan und die die Rückführung Elsaß-Lothringens zu Deutschland zum Ziele gehabt hätten. Der Strafprokurator Wittemeier und späterer Staatsanwalt G. W. haben mit allen Mitteln gegen eine Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich gefaßt. Ende März habe Schwander mit 63 eifrigen Männern den Elsaßischen Bund gegründet. Als die französischen Truppen eine weitere Zuteilung des Bundes im Elsaß verhindert hätten, hätten sich die Führer der Organisation auf deutschen Boden begeben.

Der von der Verteidigung geladene Zeuge G. A. Z. e. a. n. de P. a. n. g. e. r. habe mit allen Mitteln gegen eine Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich gefaßt. Ende März habe Schwander mit 63 eifrigen Männern den Elsaßischen Bund gegründet. Als die französischen Truppen eine weitere Zuteilung des Bundes im Elsaß verhindert hätten, hätten sich die Führer der Organisation auf deutschen Boden begeben.

Die Anleihepolitik des Reiches.

Erklärungen des Reichsfinanzministers Dr. Köpfer. In Baden hob Dr. Köpfer die leitenden Gesichtspunkte des Reiches bei der Betätigung von Auslandskapital hervor. Dabei sagte er u. a.:

Die nationale Ausrichtung der öffentlichen Stellen unter strengster Beobachtung der Grundzüge der Sparpolitik und Rentabilität ist wesentlicher Bestandteil der Verwaltungspolitik, die die gesamte deutsche Öffentlichkeit gebietet. Auf den gegenwärtig im Dezember 1918 befürchteten Wegen äußerster Sparpolitik muß daher fortgeschritten, zugleich muß die Kenntnis über die Finanzwirtschaftlichen öffentlichen Körperschaften durch laufende Beschäftigung der öffentlichen Stellen und seine Berücksichtigung gesichert werden. Es ist, je näher wir der Zeit kommen, zu der die großen Fragen der Reparationsangelegenheit stehen, desto notwendiger für die Reichsregierung geworden, von sich aus die Politik zu entwickeln, die für die Herannahende von Auslandskapital öffentlicher Stellen einschlägig werden muß. Die jetzt vor dem Abschluß stehende Prüfung des

kommunalen Anleiheverkehrs

durch die Beratungsstelle zeigt das hohe Maß von Verantwortung, die dem Reiche und den beteiligten öffentlichen Körperschaften gemeinsam zu tragen obliegt. Die Aufnahme der Verhandlungen durch die zunächst für die Finanzverwaltung des Auslandskapitals in Betracht kommenden öffentlichen Körperschaften oder ihre Kreditverbände wird in kürzester Zeit freigegeben werden. Blauwägen Vorarbeiten ist im Interesse des deutschen Kreditrisiko im Auslande hierbei ebenso wie bei den Körperschaften, deren Anleihen noch folgen können, unerlässlich. Die Erledigung des jetzt durchzuführenden Programms wird allerdings nur dem dringenden Bedarf der Gemeinden bedingt. Dennoch wird es dabei für einen längeren Zeitraum sein Bewenden haben müssen; erst nach Ablauf dieses Zeitraumes und nach sorgfältiger Prüfung der Gesamtsituation wird an die Frage herangegangen werden können, ob und wann die Vereinnahmung weiteren Auslandskapitals für kommunale Zwecke in Zukunft wieder befristet werden kann.

Die Notlage der Landwirtschaft

macht auch auf dem Gebiete der Auslandsfinanzierung außerordentliche Anstrengungen erforderlich. Insbesondere nach den Landwirten, die nach dem Notprogramm der Reichsregierung Umschuldungshilfe erhalten, gegenwärtig im wesentlichen nur durch Annahme neuer ausländischer Kapitalien die dringend gebotene und nicht aufsehbare Unterstützung zuteil werden. Von der hierbei vorgesehenen Art der Finanzierung wird in diesem nur im engsten Umfange Gebrauch gemacht werden.

Deutsch-amerikanische Kameradschaft.

Schurman und Stresemann Ehrendoktoren. Neben beiden Staatsmännern.

Al-Hedelberg, die seine, die Universitätsstadt am liebsten Bedarf, hatte ihren großen Tag. Eine ausserordentliche Festversammlung hatte sich am 5. Mai in der Aula der Universität zusammengelassen, um der Ehrenpromotion des Reichsaussenministers Dr. Stresemann am bejubelten, Vertreter französischer und sächsischer Behörden waren gekommen, der badische Kultusminister Veers und viele andere hervorragende Persönlichkeiten.

Reichsaussenminister

verlas im Gange seiner Dankrede die von ihm geschriebene Übersetzung des Hebelersches in englischer Sprache und machte anschließend noch bedeutendere politische Ausführungen.

Während der drei Jahre, die ich als Reichsaussenminister der Vereinigten Staaten in Deutschland bin, bin ich in immer steigendem Maße von der Ansicht der grundlegenden internationalen Idee der Regierung und der Väter unserer beiden Länder durchdrungen worden. Und jetzt ist die Identität ihrer Stellungnahme zu der großen Frage der Wahrung des Friedens ein weiteres Beispiel aus einer weiteren Befähigung dieser internationalen Kameradschaft.

Deutschland und die Vereinigten Staaten markieren vorwärts in einem großen und edlen Abenteuer für die Sache der menschlichen Kultur. Ich hoffe ernstlich und erwarte auch zuversichtlich, daß alle Nationen der Welt sich bald diesem glorreichen Ziele anschließen werden.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

betonte in seiner Dankrede, er schätze die ihm verliehene Ehre besonders hoch, weil ihm diese Ehre zu gleicher Zeit und nicht nur in einem rein äußerlichen Zusammenhang mit seinem Verbrechen hätte, um sich gegen Frankreich zu verschwören, und der ungewählte Abgeordnete Nr. 67 betonte ausdrücklich, daß er mit voller Loyalität die Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich anerkannt habe.

So wie die Wurzeln der Kraft der einzelnen Staaten in der Kraft der ihnen angehörenden einzelnen Persönlichkeiten liegen, so werden die Wurzeln des internationalen Lebens in der Gesundheit der einzelnen Staaten der Weltgemeinschaft liegen. Wer die Vereinigten Staaten von Europa aufbauen will auf irgendeinem menschlichen Fußboden, der seinem theoretischen Denken vorzuziehen, der verkennt die realpolitische Entwicklung der Dinge. Die Voraussetzungen, von denen eine wirklich dauernde und fruchtbringende internationale Ordnung abhängt, sind einseitig noch nicht erfüllt. Es ist noch nicht möglich, der einseitigen vorliegenden Auslandspolitik, die die Natur der Dinge gebietet und der ein gleichberechtigtes Nebeneinanderleben gewährleistet. Ebenso müssen die Formen für den internationalen Zusammenhalt selbst noch gefunden werden.

So ergibt sich eine doppelte Aufgabe für die internationale Politik und in besonderem Maße für die deutsche Politik die Sicherung eines freien, gleichberechtigten Deutschlands mit allen anderen Staaten zusammen in einer stabilen internationalen Form.

Ein Sowjethandelsvertreter in Warschau verwundet.

Attentat durch einen Russen.

Auf das Mitglied der Sowjethandelsvertretung in Warschau L. J. e. w., der im Auto die Warschauer Straßstraße passierte, wurde von einem jungen russischen graniten ein Revolverattentat verübt. Der Täter feuerte zwei Revolvergeschosse ab. L. J. e. w. erhielt einen Streifschuss an der Hand und Schwellungen am Kopfe infolge der Glassplitter. Er lag bis jetzt im Krankenhaus.

In Gesellschaft L. J. e. w. befand sich das Mitglied der Sowjethandelsvertretung in Warschau, D. J. e. w. Der Sowjetagent in Warschau, D. J. e. w., war zurzeit abwesend. Der Täter heißt D. J. e. w. Er ist ein junger Mann, der keine Angabe über seine Herkunft machte, daß er aus Kiew ohne Erlaubnis nach Polen gekommen ist und sich in Polen ohne Paß aufgehalten hat. Er erklärte, daß er das Attentat selbständig vorbereitet habe, ohne sich mit irgend jemand in Verbindung zu setzen, und daß seine Tat einen Protest gegen die Sowjetregierung bilden sollte. Sofort nach dem Attentat begab sich Vertreter des polnischen Außenministeriums in die sowjetische Botschaft und sprach namens der polnischen Regierung ihr Bedauern über das Attentat aus. Gleichzeitig versicherten sie, daß die polnischen Behörden eine strenge Untersuchung vornehmen und den Täter mit der ganzen Strenge des Strafgesetzes bestrafen würden.

Rußland an Polen.

Eine scharfe Note.

Der sowjetische Gesandte in Warschau, Bogomolow, hat dem polnischen Minister des Auswärtigen, Jato, eine Note überreicht, in der ausdrücklich das Verbot auf den Handelsvertreter der Sowjetunion, L. J. e. w., entfallender Protest gegen die Passivität der polnischen Behörden gegenüber den weißen Emigrantenorganisationen eingelegt wird. Weiterhin wird in der Note erklärt, aus den Begleitumständen des Attentats sei zu folgern, daß es eigentlich gegen den sowjetischen Gesandten Bogomolow gerichtet gewesen sei und daß der Urheber des Attentats, Wojtschowski, irrtümlich den Handelsvertreter L. J. e. w. für den sowjetischen Gesandten gehalten hat.

Die Note weist ferner darauf hin, daß die sowjetische Botschaft, der zuverlässigen Angaben über die Teilnahme Wojtschowskis an der Ermordung der Ermordung des sowjetischen Sowjetagenten in Warschau, Bogomolow, zur Verfügung standen, bereits im verwichenen Jahre das polnische Ministerium des Auswärtigen davon in Kenntnis setzte. Das polnische Ministerium des Auswärtigen habe versprochen, eine Untersuchung einzuleiten, jedoch am nächsten Tage erklärt, daß die Untersuchung eine Verletzung Wojtschowskis an der Ermordung des Sowjetagenten nicht bestätigt habe. Zum Schluß weist die Note auf die Rolle der Emigrantenpresse sowie eines Teils der polnischen Presse hin, deren Verhalten gegenüber terroristischen Anschlüssen eine indirekte Begünstigung derselben darstelle.

Der chinesisch-japanische Zwist.

China einig gegen Japan.

Nach den heftigen Zusammenstößen der letzten Tage, die geradezu als offene Schmach angesehen werden müssen, scheint in der Hauptstadt der Provinz Schantung in Peking, wieder etwas Ruhe eingekehrt zu sein. Die Japaner hatten eine Abwehrstellung in einem Teile der Stadt besetzt, während die chinesischen Soldaten sich nach wie vor äußerst aggressiv verhielten. Es hat so gar den Anschein, als ob die feindlichen Brüder, der Norden und der Süden, angesichts des Kriegens der Japaner, sich vereinigen und gemeinsam gegen den verhassten Eindringling wehren würden. Wenigstens lassen darauf die Sympathieäußerungen des Nordens und eine Protestnote aus Peking, dem Sitz der Nordregierung, an die japanische Adresse schließen.

Das japanische Kabinett soll beschlossen haben, das gesamte Netz der Schantungbahn in japanische Militärverwaltung zu übernehmen und gleichzeitig gegen den Widerstand von Japan aus nach Peking entsandt werden, um das Bahnhofs- und Garnisonen und Wochenhäusern zu besetzen. 2000 Mann japanische Truppen werden nach Tientsin entsandt, um die dortige japanische Garnison zu verstärken. Jeden Augenblick kann eine Kriegserklärung entweder von japanischer oder chinesischer Seite erfolgen. Diese könnte der militärischen Intervention der gesamten chinesischen Armee den Weg bereiten. Man redet nicht von der Möglichkeit der Einnahme einer chinesischen Nationalversammlung.

lung. Nur wird man als Folge der blutigen Zwischenfälle mit einem verstärkten Nachdruck japanische Waren rechnen müssen, der den Export Japans empfindlich treffen wird.

Japaner und Chinesen werden natürlich, wie üblich, gleichermaßen von Grenzlästen in Peking. Die Chinesen behaupten, daß japanische Soldaten den Fremdenkommisär und seinen Stab ermordeten und verführten; die Japaner behaupten, daß die Chinesen japanische Frauen schändeten und ermordeten.

Nach einer der deutschen Gesandtschaften in Peking ausgegangenen zuverlässigen Meldung befinden sich die deutschen Reichsangehörigen und der deutsche Konsul in Peking wohl. Das deutsche Hotel Stein ist geplündert worden. In Peking selbst ist alles ruhig.

„Über 1000 Personen getötet.“

Der Oberkommandierende der sibirischen Streitkräfte General Tschangajew, hat aus Peking, der Hauptstadt von Schantung, eine Erklärung nach Peking übermitteln lassen, in der er feststellt, daß der britische und der amerikanische Konsul in Peking vermittelnd tätig sind und daß die Unterhandlungen Fortschritte machen. Es ist eine große Freude, daß der britische Konsul in Peking die japanischen Truppen haben und ihre geringen Güter herabzusetzen. Sie haben auf unsere Soldaten und die chinesische Zivilbevölkerung geschossen und über tausend Personen getötet. Die Unwissenheit der Japaner und die von ihnen ausgeübte Verdrängung haben über jede Beschreibung hinaus. Ich kann mich einer solchen Brutalisierung nicht beugen und ich wünsche die mobilisierte Brutalität der Japaner dort der ganzen Welt bloßzustellen.“

Chinas Protestnote an Japan.

Peking und Peking erleben ein großes.

In der Protestnote, die der sibirische Außenminister aus Peking nach Tokio abgeschickt hat, wird gesagt, daß zur größten Überraschung der nationalstimmigen japanischen Soldaten, ohne jeden Grund, die Peking auf chinesische Soldaten und Zivilisten das Feuer eröffnet hätten. General Tschangajew habe daraufhin seinen Truppen Befehl gegeben, sich von den von den Japanern besetzten Gebiet fernzuhalten. Zu gleicher Zeit habe er hohe Militärs nach den japanischen Hauptquartieren entsandt, um Maßnahmen zur Verhinderung eines möglichen Zusammenstoßes zwischen chinesischen Truppen und japanischen Truppen herbeizuführen. Chinesische Truppen hätten schwere Schäden auf chinesische Regierungsgebäude gerichtet. Eine Gruppe japanischer Soldaten habe das Bureau des Schantung-Kommissars für auswärtige Angelegenheiten überfallen und diesen nach Ausweiden von Nase und Ohren ermordet, besaglichen die übrigen Mitglieder der Kommission. Die japanischen Truppen hätten ferner das gemeinsame Bureau des nationalstimmigen Außenministers beschossen, zerstört und durchsucht und chinesische Soldaten ermordet, deren Zahl noch nicht feststeht. Die Note erklärt zum Schluß, die nationalstimmige Regierung behalte sich das Recht vor, Japan für alle Schäden verantwortlich zu machen.

Die Peking Regierung hat der japanischen Gesandtschaft gleichfalls eine Note überreicht, der gegen die Vorfälle in Peking einmündig erhoben und die Verantwortung der Japaner hierfür festgesetzt wird.

Politisches Rundschau

Deutsches Reich

Die Fahrpreise in der vierten Eisenbahnklasse.

Ein Preisenachrichtigenbureau will erfahren haben, daß der Reichsverkehrsminister Dr. Koch die mit dem Übergang zum Zweifelhinstem verbundene Erhöhung der Fahrpreise vierter Klasse bereits genehmigt habe. Von zehnjähriger amtlicher Seite wird hierzu erklärt, daß der Reichsverkehrsminister zur Durchführung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, die erst vor wenigen Tagen eingegangen ist, noch in keiner Richtung Stellung genommen hat. Die Schlussfolgerungen bezüglich des Fahrpreises in der vierten Klasse werden damit dünnfallig.

Gegen die sächsische Gewaltpolitik. Der Volksbund der Deutschen aus dem ehemaligen Sächsischen Reich veranlaßte auf der Augustusburg in Sachsen eine von über 4000 Personen besuchte Kundgebung gegen die sächsische Gewaltpolitik. Hans Knirx aus Tur in Wöhmen sprach über die Not der Deutschen in der Tschechoslowakei. Den Deutschen sei der Austausch der Muttersprache beschaffen. Die Schulen seien ihnen genommen und etwa 10 000 deutsche Beamte entlassen und durch tschechische ersetzt worden. Der Tschechische Staat benutze alle ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel, um die Deutschen national, wirtschaftlich und kulturell zu entrecken. Solange es in Europa noch 40 Millionen Deutsche gebe, die von fremden Staaten unterdrückt würden, solange werde es auch in Europa keinen dauernden Frieden geben.

Frankreich

Poincaré redet abermals in Wien.

Seine Anwesenheit in Elsaß-Lothringen, die mit dem zurzeit in Solmar verhandelten Autonomienprozess zusammenhängt, gab dem französischen Ministerpräsidenten ausnehmend Gelegenheit, recht ausführlich seine Ansichten in Bezug auf den Wählung zwischen Elsaß und französischer Regierung zu äußern. Abermals betonte Poincaré in seiner zweiten Rede, Frankreich dürfe sich nicht darauf beschränken, die wiedergewonnenen Provinzen zu lieben, sondern es müsse sie auch verstehen. Er sagte weiter mit Bezug auf die Wahlen, „das Elsaß und Lothringen haben vor kurzem von neuem ihre unlösliche Zugehörigkeit zu Frankreich bekräftigt und kein Grundbaud können wir ihnen widerstreben. Abermals betonte Poincaré die sächsische Gedanken zu verknüpfen bewagt. Eine Erklärung dieser Art hätte genügt, das Gewissen der Bevölkerung in Aufrühr zu versetzen.“

Aus S. und Ausland

Berlin. Das bisher im preussischen Justizministerium beschäftigt gewesene Fräulein H. a. e. i. e. r. ist zur Land- und Amtsgerichtsrätin in Bonn ernannt worden. Sie ist die erste Frau, die im preussischen Justizdienst eine planmäßige Ausbildung erlangt hat.



Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben, unvergesslichen Entschlafenen

Frieda Riedel

Sprechen wir allen für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme, für die schönen Kranzspenden innigsten Dank aus. Besonderen Dank Herrnarrer Biedermann-Beitrag für die trefflichen Worte am Grabe, dem Radfahrerverein, dem Kommunalverband, und Jugendverein. Besonderen Dank Herrn Dr. Springer und der Schwester Elisabeth, sowie allen denen, die unsere Entschlafene zur letzten Ruhebestätte geleiteten. Annaburg, den 7. Mai 1928.

Namens der Hinterbliebenen
**Familie Riedel
Karl Müller.**

Bekanntmachung.
Ein Paar Schuhe sind als gefunden abgegeben.
Annaburg, d. 8. Mai 1928.
Der Amtsvorsteher.

Ein älterer, zuverlässiger Mann als **Pferdefütterer** gesucht.
Gertrudshof.

8 Mrg. Ackerland mit Wieje in der Hofbreite an Reich's Gärtnerei gelegen, zu verpachten bzw. zu verkaufen. Interessenten wollen sich melden bei
Frau B. Schmidt,
Ackerstr. 23.

Brennholz in Denflängen fuhrweise frei Haus liefert billigst
Wilh. Kunze.

Wir suchen in Annaburg einen **Laden** in verkehrsreicher Straße zur Errichtung eines **Konfitüren-Spez.-Geschäftes**. Evtl. übernehmen Ausbau ganz, oder gegen Bauzuschuß. Offerten mit näherer Angabe erbeten.
Frau M. Kunowski, Halle S., Bernhardtstr. 13.

Sämtliche Bau-Artikel:
Eiserne Träger und Säulen, letztere auch nach Maßgabe in allen Stärken werden sofort angefertigt.
Front- und Grabgitter, Eiserne Fenster und Oberlichte, Türen und Torwege vom Lager und nach Maß.
Eiserne Dachbinder, sämtl. Ofenbau-Artikel, Tonrohre.
Eiserne Pumpen mit Rohr und Sauger, sowie **komplette Wasserleitungen, Stallgitter für Schweineställe, Schweineträge :: Krippenschalen.**
Wilhelm Grahl.

Beste reelle Bezugsquelle für **Neue Gänsefedern** aus erster Hand!
Sämtliche Federn garantiert gemessen und sauber!
Federn, wie man sie von der Gans kauft, mit allen Daunen per 300, beste 3/75
Br. Halbdaunen per 100, 5.—
Dreiviertel Daunen Ia . . . 6.75
Weiche zarte Volldaunen . . . 9.50, 10.50
Mit d. Sand ger. Federn m. Daun. 4.—, 5.—
Beste zart und weich . . . 6.—, 6.50
Rein weißer Daunenkleid . . . 8.25, 7.50
Verlang gegen Nachnahme von 5 Pfund ab portofrei.
Nichtigfallendes nehme auf meine Kosten zurück.
J. Grape, Neu-Trebbin (Oderbruch) 2. 1841

Polizeiliche An- und Abmeldescheine und vorräthig in der Buchdruckerei S. Steinbeiß.

Reichspartei d. Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei).
Am Freitag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, spricht im **Hotel Waldschlößchen** der Mittelstandsführer u. Reichstagsabgeordnete **Herr Petzold** über:

Der Mittelstand, der Staat und die Parteien.
Mittelständler erscheint alle mit Euren Frauen!

Geschmackvolle Kleiderstoffe für die Pfingstkleider
Meine Auswahl in den modern. Hanten und durchgemusterten **Voiles, Waschseiden, Woll- und Baumw.-Muslins** sowie

Trachtenstoffe echt Inthandren
ist wieder sehr reichhaltig.
Besichtigen Sie bitte mein großes Stofflager!

Carl Petzold
Annahme für **moderne Kunst-Plissée-Brennerei.**

Fenster, Türen Möbel aller Art in bekannter Güte und dabei so preiswert empfiehlt
Wilhelm Kunze.

F. Lehmann
Färberei und Chem. Reinigung färbt und reinigt **Ihre Frühjahrsgarderobe.**
Annahme: Frau Hildebrandt, Annaburg, Mittelstr. 4.

Warten Sie nicht
bis der letzte Briefbogen oder das letzte Formular verschrieben ist. Auch der Buchdrucker braucht für gute Arbeit die notwendige Zeit. Je eher Sie bestellen, desto zufriedener werden Sie mit der Lieferung sein. Wir passen uns besonderen Wünschen gerne an.
Hermann Steinbeiß, Buchdruckerei
Ferneuf Nr. 224.

Empfehle:
Pa. Dreifrucht-Marmelade
Preissel beeren.
Arthur Hönemann
Markt 19.
Empfehle:
Gauerbrunnen sowie feinste **Matjes-Heringe** Stück 25 Pf.
Erich Krähmigen, Markt 1.

Frühe **Rieser Fettbücklinge** u. **Lachsheringe** sowie **Matjes-Heringe** empfiehlt
Arthur Hönemann Markt 19.
Neue Sj. Kartoffeln Bund 35 Pf., ff. **Matjesheringe,** Stück 25 Pf., empfiehlt
F. G. Frißsche.



Immer wieder freut man sich

über die wundervolle **Reinigungskraft des Ozonil.** Es ist das ideale **Waschmittel**, das sich jede Hausfrau schon lange gewünscht hat. **Waschen Sie darum nur mit**

Ozonil

Hergestellt in den Fabriken von **Dr. Thompson's Seifenpulver**

Landtagsabgeordneter Dr. Neumann

spricht am **Donnerstag, den 10. Mai 1928** abends 8 Uhr im „**Goldenen Ring**“ über:

Wer hilft dem Mittelstand?

Dr. Neumann ist einer der besten Kenner unserer Wirtschaft und einer der hervorragenden Vertreter des deutschen Mittelstandes im preußischen Landtag, dessen wertvolle Vertretung im Parlament in weiten Kreisen des gewerblichen Mittelstandes anerkannt ist! Es liegt uns daran, in Gegenwart des Abg. Dr. Neumann auch die Wünsche und Meinungen des heimischen Gewerbes und Mittelstandes zu erörtern — Zu dieser Versammlung laden wir daher die Annaburger Wählerschaft, insbesondere die Kreise der Wirtschaft und des Gewerbes, sowie des Einzelhandels herzlich ein.

Deutsche Volkspartei.

Damen- u. Backfisch-Mäntel
Gummi-Mäntel ♦ Windjacken
in grosser Auswahl, alle Farben zu sehr billigen Preisen.
Carl Quehl.

Radio-Apparate in allen Preislagen lieferbar.
Dreiröhren-Apparat für Fernempfang für M. 39.50 (einschl. Röhren), sehr lautstarke Lautsprecher verschied. Systeme, Akkumulator, sämtliche Zubehörteile.
Ladestation.
Alle Reparaturen schnellstens.
Wilh. Waisch.

Königin Luise-Bund.
Donnerstag, d. 10. Mai abends 8 Uhr
Zukunftskunst im „Waldschlößchen“. Bericht über die Bundesversammlung in Bonn. Aufnahme neuer Mitglieder.
Bürger-Schützen-Verein.
Donnerstag, d. 10. Mai abends 8 1/2 Uhr
Monats-Versammlung bei Kam. Wilkening.
Der Vorstand.

Selbstgebrannte Kaffees in Ia Qualität, stets frisch geröstet, empfiehlt
J. G. Frißsche.
Frisches Leinöl empfiehlt
Arthur Hönemann Markt 19.

Eine Nähmaschine Systeme: Phoenix, Dürkopp, für 14 RM. **Mundlos (Victoria) oder Adler** **Anzahlung und kleinsten Abzahl-Raten** empfiehlt **Georg Kulisch** Schloßermstr. ♦♦ Fahrradhandlung. ♦♦

Redaktion, Druck und Verlag von Herrn Steinbeiß, Annaburg

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Sorgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersichtlich der Anpreisung auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Autonomes
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter freien Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Realzettel 30 Goldpfennig, einmal, Umfassener, Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbeskade.

Nr. 56.

Dienstag, den 8. Mai 1928.

31. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* General Nobilität mit der „Stafia“ in Spitzbergen gelandet und wird dort einige Tage verweilen.
* In Sofia wurde ein Attentat auf ein Postgebäude verübt; größter Schaden wurde nicht angerichtet.

* Circa 200 000 Bauern sollen in Rumänien auf Bukarest sein, um die Winterferien zu verbringen.
* Nord- und Südchina machen aufstrebend gemeinsame Sache gegen Japan. Man erwartet eine Kriegserklärung.

Drohende Bauernrevolte in Rumänien.

200 000 Bauern marschieren.

Der mit großer Spannung erwartete Kongress der rumänischen Bauernpartei in Karlsburg scheint zunächst wenigstens ruhig verlaufen zu sein. Es wurde eine Entscheidung angenommen, in der nachdrücklich dafür eingetreten wird, daß die Nationale Bauernpartei unter der Führung Maniu als die Macht gelange. Weiterhin wird in der Entschlossenheit die Liberale Partei und die allgemeine Politik der Regierung heftig angegriffen und der Wunsch zum Ausdruck gebracht, den Kampf bis zur Erreichung des gesteckten Ziels fortzusetzen. Die Entschlossenheit weist außer der bereits als öffentlichen Kundgebungen bekannten Eigenschaft, der gegen die Regierung gerichteten Propaganda, einen neuen Zug auf, indem sie, als an die Verbündeten und an den Völkerverbund der Appell gerichtet wird, an einer gütlichen Lösung der rumänischen Probleme mitzuwirken; sie unterstreicht ferner, daß die Bauernpartei entschlossen sei, die gegenwärtigen Grenzen Rumäniens bis zum letzten Strohhalm zu verteidigen, und schließt mit der Feststellung, daß die nationale Einheit des Landes unzerstörbar sei.

Ähnliche Versammlungen wie in Karlsburg wurden in Krajova, Cernowitz, Jassy, Wlata abgehalten, in denen gleiche Entschlossenheiten ausgesprochen wurden.

Im Anmarsch auf Rumänien Hauptstädte.

Der Führer der Bauern, Maniu, ist nach Bukarest abgereist, um dort beim Regentenschatzamt um eine Audienz nachzusuchen, denn er die Karlsburger Entschlossenheit vortragen will.

Wie aus Belgrad nach der rumänischen Grenze gemeldet wird, ist der aus Karlsburg kommende Eisenbahnzug mit einer eindrucksvollen Versammlung angetreten. Die Reisenden bestätigen, daß die Versammlung der rumänischen Bauernpartei in Karlsburg einen ruhigen Verlauf nahm und es zu keinerlei Zusammenstößen kam. Nach Schluß der Versammlung habe jedoch ein großer Teil der Menge beschlossen, nach Bukarest zu gehen und die Regierung mit Gewalt zum Rücktritt zu zwingen. Aus diesem Grunde habe die Polizei und die Gendarmerie die Stadt Karlsburg vollständig umzingelt, um den Weg nach Bukarest abzusperren. Auch die Zugverspätung sei auf die Absperrung der Stadt zurückzuführen.

Nach Blättermeldungen aus Wien und Budapest beträgt die Zahl der auf Bukarest marschierenden Bauern etwa 200 000. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Bauernmacht sehr ernsthaft zu nehmen sei, denn am Schluß des Kongresses hätten sie einen feierlichen Eid geleistet, nicht eher zu ruhen, als bis die Bauern in Bukarest mit eigener Hand Ordnung geschaffen hätten. Die Telephonverbindungen nach Bukarest war in den letzten Stunden öfter unterbrochen, so daß sich bereits zahlreiche Gerüchte über Zusammenstöße mit Bauern und Gendarmerie, wobei es auch Tote und Verletzte gegeben haben soll, verbreiteten. Aus offizieller Bukarester Quelle werden allerdings alle derartigen Meldungen demüthigt.

Carol rührt sich.

Ob es nun doch zu den schon lange erwarteten Auseinandersetzungen, dem Bürgerkrieg in Rumänien, darüber hinaus sogar zu einem Kampf um den Thron kommen wird? Nach dem Tode Bratianus, des mit eigener Seite herrschenden Ministerpräsidenten, hatte zwischen den drei hauptstädtlichen Parteien, der Volkspartei, der Nationalliberalen, die als Regierungspartei zwei Drittel der Sitze im Abgeordnetenshaus innehaben, und der Bauernpartei eine Art Waffenstillstand geherrscht, weil es dem jetzigen Ministerpräsidenten, dem Bruder seines Vorgängers, gelang, die Bauernpartei mit Maniu als ihrem Führer durch allseitige Versprechungen vorläufig zu bündeln. Sie ist die elementare Opposition,

etwas sozialistisch angehaucht, nun aber ansetzend aufs Ganze geben will.

Veranlassung dazu hat der Bauerntag, der in dem siebenbürgischen Karlsburg stattfand. Die Regierung wollte seine Abhaltung erst verbieten, gab dann aber nach; ebenso verbot sie in Bukarest eine Paradedemonstration, um aber auch hier schließlich nachzugeben — offenebare Zeichen nicht gerade übermäßiger Stärke und Energie! Was sich nun aber in Karlsburg eigentlich abgepielt hat oder noch abspielen wird, ist angesichts der rücksichtslosen Nachrichtenperre — ein beliebtes Mittel jeder bisherigen rumänischen Regierung, die Wahrheit zu verschleiern! — nicht genau zu sagen; wenn der Berichtserstatter einer englischen Zeitung von einer in Karlsburg beschlossenen Errichtung einer Bauernrepublik und gar von einem „Marsch auf Bukarest“ spricht, so ist das Ausland kaum in der Lage, diese Meldung auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Das wäre allerdings, wenn es richtig ist, der Bürgerkrieg. Aber eigentlich will Maniu ja bloß Neuwahlen zum Parlament erhalten oder erzwingen; denn er hofft, durch wirklich, aber wirklich unbeeinflusste Neuwahlen die Wahrheit im Abgeordnetenshaus zu erzielen. Andere Gerüchte erzählen von Schmeichelehandlungen des zahlreich aufgetretenen Militärs bei den Bauern, aber auch von freigelegten Gesetzen der Bauern gegen Militär und Polizei, durch die sie in ihrem Marsch nach Karlsburg aufgehalten wurden. Vorläufig ist aber über die ganze Lage ein wirklich zureichendes Bild nicht zu gewinnen.

Außerdem ist für die Bukarester Regierung Bratianus noch eine neue Sorge dazugekommen: der in Paris wohnende Kronprinz Carol rührt sich. Er hat eine Proklamation „An mein Volk!“ verfaßt und wollte diese durch Tausende von Flugblättern gerade am Sonntag ganz modern mit Hilfe von Flugzeugen über Rumänien herumstreuen lassen. Es waren für diesen Zweck drei englische Flugzeuge von ihm gemietet worden, aber die englische Regierung hat diesen ganzen Plan durch Verbot des Abfluges zum Scheitern gebracht; denn zweifellos hätte die rumänische Regierung auf die Flugzeuge schießen lassen und das hätte die schönsten „Zwischenfälle“ geben können. Auch mit der ungarischen Regierung scheint sich Carol in Verbindung gesetzt zu haben und noch die Ungarn Rumäniens bittere Feinde und er kann sich hier eine bequeme Mäntelchen schaffen. In seiner Proklamation ist der Kronprinz nicht sparsam mit Versprechungen, unter denen einige wie die überaus notwendige Entpolsterung der Arme und der Justiz, Neuwahlen, Stabilisierung der Währung, Pressefreiheit und eine vernünftige Minderheitenpolitik auch teilweise sehr sehr gut zu hören sind. Maniu hat sich nach dieser Richtung hin die Hände bisher ganz frei gehalten; Carol's Manifest sagt, daß er nur „auf den Ruf des Volkes“ hin den Thron wieder bestiegen wolle, — was durchaus nicht auszuschließen ist, daß er durch alle ihm geeigneten erfindlichen Mittel das Erreichen dieses Rufes beschleunigt! Aber auch mit seiner Volkspartei befolgt er aber auch die Taktik des Schweigens und vorläufigen Abwartens.

So sieht es wieder einmal recht bunt aus in Rumänien, seit Bratianu ins Grab sank und der nunmehrige König politisch keine Rolle spielt, die Parteien sich schon lange mit Gewalt bei Fuß gegenüberstehen. Aus Deutscher interessiert hier in der Hauptsache dabei nur, welchen Einfluß dies alles auf das Schicksal unserer Völkergesossen im Banat und in Siebenbürgen haben wird. Bis her verfolgte Bratianu wie vorher Wrede's dort nur eine unerbilligte Evidenzpolitik. Sollte es Maniu gelingen, zur Macht zu kommen, so kann es damit bestimmt schlechter, nur besser werden. Aber in Rumänien ist es bisher immer noch ein besonders großer Schritt von den Versprechungen bis zu ihrer Ausführung gewesen und meist hat man ihn — nicht getan.

Die „Stafia“ in Spitzbergen.

Letzte Etappe vor dem Nordpol.
Die „Stafia“ ist, von Karas kommend, in Kingsbay angekommen. Als die „Stafia“ über dem Eingang des Kingsbayford erschien, hatte sie einige Schwierigkeiten zu überwinden, um gegen den starken Gegenwind den Landungsplatz zu erreichen.

Die Weiterausfahrten in der Arktis werden weiter als leicht bezeichnet. Nobilität berichtet, daß die Hinfahrt nach Kingsbay durch die denkbare schlechtesten Wetterumstände nicht gelitten habe. Er sei im Gegenteil durch die Winde gefördert worden.

Mit der Weiterreise zum Nordpol will Nobilität noch etwa 8—10 Tage warten. Die Mannschaft braucht eine längere Erholungsperiode, da sich die Belastung erst an das nördliche Klima gewöhnen muß. Die Stimmung der Italiener soll recht zuverlässig sein.

In Amerika trägt sich jetzt auch Chamberlain mit einem neuen großen Flugplan. Er will den Pazifik (Großen Ozean) überqueren. Die „Bremen“-Flieger sind in Kanada und U. S. A. weiterhin Gegenstand großer Diskussionen.

Der Autonomistenprozess.

Kolmar, im Mai.

Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung äußerte sich der Angeklagte Schall über die Gründung der Schutztruppe und wies dabei auf die überaus zahlreichen tätigen Übergriffe der gegnerischen Verbände hin. Alle politischen Parteien hätten Schutzabteilungen für ihre Führer und Versammlungen geschaffen, aber keine dieser Organisationen sei verurteilt worden, und alle betrieben noch heute ihr staatsgefährdendes Wesen. Der Vorsitzende ließ darauf die Aussagen der Schutztruppe verlesen und richtete an Schall die Frage, welchen Zweck dieser

Mobilisierungsplan größten Maßstabes verfolgt habe. Schall erwiderte, es handele sich hierbei um den Kernpunkt der Anklageschrift, die in der Bildung der Schutztruppe das den Angeklagten zur Last gelegte „Komplot“ erblickte. Der Gehalt der Bildung einer Schutztruppe sei hervorgerufen worden durch die schweren Zusammenstöße zwischen den Royalisten und den Anhängern der Heimatbewegung im August 1926 in Kolmar, wobei Dr. Widlin schwer verletzt worden sei. Die „Bewaffnung“ der Schutztruppe habe aus Späterzeiten bestanden. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Schutztruppe eine den royalistischen Verbänden entsprechende Organisation gewesen sei, erwiderte Schall mit einem klaren „Nein“.

Wichtige Änderung der Prozeßführung.

Es kam dann zu einer fünfminütigen Szene. Als die Verteidigung den Generalstaatsanwalt erludte, endlich die Komplotanklage zurückzunehmen, sprach der Vorsitzende das weitere Verhör muna. Die Verteidigung ließ sich durch die Angeklagten durchsetzen. Die Angeklagten erklärten, daß sie sich nicht durch die Angeklagten durchsetzen lassen wollten und nicht auf die Angeklagten eingehen wollten. Die Angeklagten erklärten, daß sie sich nicht durch die Angeklagten durchsetzen lassen wollten und nicht auf die Angeklagten eingehen wollten.

Die Angeklagten erklärten, daß sie sich nicht durch die Angeklagten durchsetzen lassen wollten und nicht auf die Angeklagten eingehen wollten. Die Angeklagten erklärten, daß sie sich nicht durch die Angeklagten durchsetzen lassen wollten und nicht auf die Angeklagten eingehen wollten.

Die Angeklagten erklärten, daß sie sich nicht durch die Angeklagten durchsetzen lassen wollten und nicht auf die Angeklagten eingehen wollten. Die Angeklagten erklärten, daß sie sich nicht durch die Angeklagten durchsetzen lassen wollten und nicht auf die Angeklagten eingehen wollten.

Der Autonomistenprozess.

Kolmar, im Mai.

Die zweite Prozeßwoche begann mit einer Überraschung: der für einen Monat ausgedienstete Rechtsanwalt Fournier erschien wieder im Saal und nahm auf der Verteidigerbank Platz, ohne vom Vorsitzenden daran gehindert zu werden. Das ist so zu erklären, daß Fournier sofort gegen seine Ausdienstung Beschwerde erhoben hat und daß durch diese Beschwerde der Ausdienstungsbescheid einfallen suspendiert wird. Verlesen wurde ein Telegramm der Pariser Anwalts-

